



Detailansicht des Registereintrags

Bündnis für Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien - KipsFam

Aktuell seit 28.10.2026 14:37:46

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss verschiedener Institutionen, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen. Die Koordination liegt bei AFET - Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Registernummer:	R007844
Ersteintrag:	17.02.2026
Letzte Änderung:	28.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktaten:	Adresse: Bultstr. 5A 30159 Hannover Deutschland Telefonnummer: +4951135399141 E-Mail-Adressen: info@buendnis-kipsfam.de Webseiten: https://buendnis-kipsfam.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Benjamin Strahl

Funktion: Inhaltliche Projektleitung

2. Frauke Gebhardt

Funktion: Referentin

3. Dr. Ruth Vornefeld

Funktion: Referentin

Tätigkeit bis 03/25:

Büroleitung

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. Dr. Benjamin Strahl

2. Frauke Gebhardt

3. Dr. Ruth Vornefeld

Tätigkeit bis 03/25:

Büroleitung

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesamtzahl der Mitglieder:

41 Mitglieder am 08.01.2026, davon:

3 natürliche Personen

38 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung;

Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Mithilfe von Positionspapieren, Stellungnahmen zu konkreten Regelungsverfahren,

Hintergrundgesprächen, der Teilnahme an Anhörungen und der Organisation von

Veranstaltungen, wie z.B. Parlamentarischen Gesprächen, informiert das Bündnis KipsFam über

Herausforderungen und Potentiale zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern

psychisch erkrankter oder suchtkranker Eltern.

Zentrales Anliegen ist die rechtliche Verankerung familienorientierter Gesamtleistungen durch die Schaffung gesetzlicher Regelungen, die es ermöglichen Leistungen aus Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Suchthilfe und dem Gesundheitswesen miteinander zu kombinieren und gemeinsam zu finanzieren. Weiterhin setzt sich das Bündnis für den Aufbau interdisziplinärer Versorgungsstrukturen ein, die familienorientiert ausgerichtet sind und in denen medizinische, therapeutische und pädagogische Leistungen sowie Teilhabeleistungen unter einem Dach erbracht werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Gesetzliche Verankerung von Hilfen im SGB VIII und SGB V und an den Schnittstellen

Beschreibung:

Das Bündnis KipsFam verfolgt mit seiner politischen Themenanwaltschaft das Ziel, die Empfehlung Nr. 17a des Abschlussberichtes der AG KpKE zu ermöglichen. "SGB-übergreifende Gemeinschaftsleistungen - auch bezeichnet als gemeinschaftsfinanzierte Komplexleistungen"

Weiterhin verfolgt das Bündnis das Ziel, die Umsetzung der Empfehlung Nr. 17b der AG KpKE "Interdisziplinäre Einrichtungen ausbauen und verstetigen" voranzutreiben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605060021** (PDF - 19 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Regelungen für psychisch erkrankte Menschen und deren Familien

Beschreibung:

Der Aufruf richtet sich gegen Teile des Entwurfs eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des SGB II und anderer Gesetze (Bürgergeld-Reform), insbesondere die vorgesehenen verschärften Sanktionsregelungen bei Melde- und Terminversäumnissen bei Jobcentern,

Abbruch von Maßnahmen und unzureichendem Nachweis von Eigenbemühungen.

Ziel ist es, in den entsprechenden parlamentarischen Beratungen Ausnahmeregelungen für psychisch erkrankte Menschen und deren Familien festzulegen und Sanktionen, die zu erheblichen Leistungskürzungen führen könnten, zu vermeiden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602170002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

3. Parlamentarisches Frühstück "Hinsehen - schützen - stärken. Kinder aus psychisch und suchtbelasteten Familien"

Beschreibung:

Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks lud das Bündnis KipsFam

Fachpolitiker*innen zu einem Gespräch ein, um über konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation von Kindern aus psychisch und suchtbelasteten Familien zu diskutieren.

Betroffene Familien leiden darunter, dass Sozialversicherung nur den erkrankten Menschen in den Blick nimmt und nicht die Familie als Ganzes. Leistungen der Eingliederungshilfe oder Elternassistenz setzen meist erst bei chronischer Erkrankung oder Behinderung an, und die Kinder- und Jugendhilfe wird oft erst aktiv, wenn eine Kindeswohlgefährdung bereits offensichtlich ist. Die fehlende Familienorientierung kann dazu beitragen, dass sich psychische Erkrankungen über Generationen hinweg fortsetzen und eine transgenerationale Weitergabe erfolgt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Interessenbereiche:

Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#);
Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte
von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603050011](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.02.2026 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Erstes Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe: inklusive Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII**

Beschreibung:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Regierungsentwurf des 1. KJHSRG (BR-Drs. 441/26) vorgeschlagen, §8a Abs. 2 Satz 1 SGB VIII zu ergänzen. Das Jugendamt soll demnach das Familiengericht auch dann anrufen müssen, wenn Erziehungsberechtigte sich weigern, geeignete und erforderliche Hilfen zu beantragen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 441/26](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturreform-Gesetz - 1. KJHSRG)

Zuständiges Ministerium: [BMBFSFJ](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2610070028](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.10.2026 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend (BMBFSFJ) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2610280024](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.10.2026 an:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 06/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro